S C H U T Z B U N D Z E I T U N G

x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x
März 1936. .10 Groschen.
x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x x

Schein und Sein

Im Märchen wird vom Wolf erzählt,dem es nach dem jüngeren, zarten Fleisch der sieben Geisslein gelüstet. Und so kam er denn , als die alte Geiss weg war,zur Hütte der sieben Geisslein und verlangte Einlass. Doch die Geisslein erinnerten sich,dass die Mutter sie vor dem bösen Wolf gewarnt,und verwehrten ihm diesen. Da ging der Wolf hin und hüllte sich in einen Schafspelz,kam dann zurück und flötete mit seiner süssesten Stimme den sieben vor, er wäre ein hübsches weissgelocktes Schäflein. Die Geisslein waren so dumm und glaubten ihm: erst verspeist, in des Wolfes Magen gewahrten sie zu ihrem Entsetzen ihren Irrtum. Doch da war es schon zu spät.....

Unsere gute alte Märchentante,die österreichische Sozialdemokratie, hat den Arbeitern schon viele Märchen erzählt: die Arbeiter können auf demokratischem Weg zwar langsamer,aber mit weit weniger Opfer zum Sozialismus gelangen,und dergl. mehr. Die gesammelten Jahrgängevder alten "Arbeiter Zeitung" bilden so ein vollständiges Märchenbuch. Aber die österreichische Sozialdemokratie ist nicht nur eine geschickte Märchenerzählerin,sondern sie lernt auch aus den Märchen. Und so macht sie es heute wie der böse Wolf, hüllt sich in ein anderes Gewand und verkündet frohlockend: "Seht, Arbeiter,wie hübsch ich bin. Ich bin etwas vollständig neues,ich bin eine revolutionäre Partei,mit neuen Leuten an der Spitze,mit einer neuen revolutionären Politik. Folgt mir doch!" Und die RS,die so spricht und die in Wircklichkeit die alte Sozialdemokratie ist, denkt dabei: "Bis die Arbeiter mir auf diesen Schwindel kommen, dann bin ich schon wieder oben, dann ist es schon zu spät".

Alle Fehler, alle Schwächen der Sozialdemokratie sind auf eine grundlegende Ursache zurückzuführen: dass die Sozialdemokratie,statt gegen den Klassenfeind der Arbeiter,Die Kapitalistenklasse, zu kämpfen, mit der Kapitalistenklasse zusammengearbeitet und immer wieder diese Zusammenarbeit gesucht hat. Und die Ursache dieser, der Koalitionsgrundlage der Sozialdemokratie,lag nicht in der mangelnden Erkenntniss der führenden Männer,sondern war die zwangsläufige Folge des kleinbürgerlichen Klassencharakters der Sozialdemokratie. Alles und jedes ist darauf zurückzuführen,dass die Sozialdemokratie keine Arbeiterpartei, sondern die Partei des fortschrittlich gesinnten Teils des Kleinbürgertums war.

Wie war die Sozialdemokratie zusammengesetzt? Es gab in ihr die zu hunderttausenden zählende proletarische Mitgliedsschaft, es gab aber in ihr auch einen weit über sechzigtausende Kopf bildende starke kleinbürgerliche Schicht; die Parteibeamten,Gewerkschaftsbeamten,alle die, die durch die Partei zur Krankenkasse,in die Sozialversicherung (z.B. in die Arbeitslosenämter als Beamte!), zu gut bezahlten Posten bei der Gemeinde Wien und anderen von der Partei geführten Gemeinden kamen. Diese kleinbürgerliche Schichte,deren Durchschnittseinkommen zwar bei weitem nicht an das Einkommen der Kapitalisten heranreichte,aber doch weit über dem der Arbeiter lag,diese verkleinbürgerlichte Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie, <u>das</u> war die eigentliche Partei,das waren jene ,die zu reden ,zu bestimmen hatten,das war der Kopf,die Arbeiter aber,die Organisation der vielmalhunderttausenden waren im Schlepptau dieser Schicht. Dazu kam,dass diese Schicht in den letzten Jahren sich immer mehr mit Teilen des echten Kleinbürgertums vermengte,verfilzte. Eine Gewerbegenossenschaft nach der anderen wurde von der

Sozialdemokratie "erobert", und das war kein Zufall. Und für jene Schichte war die "soziale Frage" gelöst, für sie war der Sozialismus verwirklicht. Ihr "Sozialismus" bestand innihren tausend Schilling Einkommen, dass sie über fünfzehn Jahre genossen. Ihr "Klassenkampf" bestand darin: Einerseits der Bourgeoisie zu beweisen, dass es für sie noch immer das bessere Geschäft sei, sich eine Sozialdemokratie, die die Arbeiter mit "sozialistischen" Phrasen vom wirklichen Klassenkampf zurück hält, um den Preis besser und gut bezahlter Posten zu halten, als die Arbeiter, nur gestützt auf die Bajonette, niederhalten zu müssen; anderseits die Arbeiter durch kleine Vorteile und Brosamen zu gewinnen, die kleinbürgerliche Schichte zu unterstützen und (höchstes Ideal) womöglich in die Regierung zu heben.

Dem kleinbürgerlichen Charakter der Partei entsprach die Politik. Statt 1918 den kapitalistischen Staatsapparat zu zertrümmern, liess sie ihn unangetastet, vernebelte die Arbeiter mit Phrasen wie "Volksrepublik" "unsere Republik". Statt den kapitalistischen Profit abzuschaffen, waren sie die ganzen Jahre hindurch an ihm beteiligt. Statt die Arbeiter die ganzen langen Jahre gegen die Bourgeoisie, zu deren Sturz zu mobilisieren, war ihr Streben immer wieder auf Zusammenarbeit mit ihr gerichtet. "Man (das heisst die Bourgeoisie) soll doch einsehen, dass man auf die Dauer nicht ohne uns und gegen uns regieren kann", (das heisst die Bourgeoisie soll doch "einsehen", dass es für sie am vorteilhaftetesten wäre, mit der Sozialdemokratie zu regieren.).

Der Februar 1934 hat dieses schöne Spiel beendet. Die Wirtschaftskrise hat den kapitalistischen Profit immer mehr verkleinert. Die Bourgeoisie konnte sich den Luxus der Pöstchen und Posten für die Sozialdemokratie nicht mehr leisten. Und sie konnte der Sozialdemokratie auch nicht mehr jene Scheinvorteile und Brosamen geben, womit sich diese vor den Arbeitern bis dahin immer wieder auswies. Also gab sie der Sozialdemokratie den (vom Standpunkt der Bourgeoisie) unverdienten Fusstritt.

Und nun kam nach dem Februar die "neue" Partei, die RS, und verkündet seither immer lauter ihr Anrecht auf die Führung der Arbeiterklasse. Zwar gehört sie genau wie die alter Partei derselben zweiten Internationale an. Zwar will auch sie "die Traditionen der österreichischen Sozialdemokratie hüten!" Aber dennoch sie nennt sich eine neue Partei, und das ist das schlimmere, viele Arbeiter glauben es ihr. Ist sie wirklich "neu" und unbelastet durch die Vergangenheit?"

Das politische Ziel der RS ist gegenwärtig (wir sagen gegenwärtig weil die RS seit zwei Jahren ihre Ziellosungen wechselt wie Unterhosen) eine "Regierung des arbeitenden Volkes". Was versteht die RS unter "arbeitendem Volk? Die Arbeiterklasse? Die Regierung der Arbeiterklasse ist die proletarische Diktatur. Diese kann die RS aber nicht meinen, weil die "Regierung des arbeitenden Volkes" (nach ihren Worten) gerade für jene Zeiten gedacht ist, in der "die internationalen Verhältnisse die Aufrichtung der proletarischen Diktatur in Oesterreich nicht zulassen". Wer gehört nun noch zum arbeitenden Volk? Das spricht die RS nicht aus. Aber sie spricht aus, wen sie nicht dazu rechnet. (Siehe das Aktionsprogramm und den Einheitsfrontvorschlag der RS) Nicht dazu rechnet sie die Kapitalisten der Schwerindustrie (Kohle, Eisen). Nicht dazu rechnet sie die Grossgrundbesitzer mit Grund über fünfhundert Hektar, das sind 5,000.000 Quadratmeter. Diese über 500 ha. besitzenden Grossgrundbesitzer sollen enteignet werden, ihr Eigentum verstaatlicht werden. Alle andern, die ihr Eigentum behalten dürfen, gehören offenbar also zum "arbeitenden Volk". Dazu gehören also auch die Kleinbürger, die selbst Arbeiter ausbeuten. Dazu gehören also auch die Klein- und Mittelkapitalisten. Dazu gehört die Dorfbourgeoisie, die Grossbauern, die Grossgrundbesitzer mit Besitz unter fünfhundert Hektar. Dazu gehört scheinbar auch die Kirche, von deren Vermögen überhaupt nicht gesprochen wird. Die "Regierung des arbeitenden Volkes" entpuppt

sich also als eine Koalitionsregierung mit dem"anständigen Teil" der Kapitalistenklasse;als eine Neuauflage der Regierung Renner,die von der Sozialdemokratie damals auch als "Bündnis der Arbeiter mit den Bauern" bezeichnet wurde: Was die RS will, nichts anderes ist es als ein zweites 1918. Aber die Wurzel des Februar 1934 liegt gerade in der Politik von 1918.

1918 -20 liess die Sozialdemokratie,die damals in der Regierung sass,den kapitalistischen Staatsapparat im grossen und ganzen unangetastet. Die Kommandogewalt wurde den Habsburgeroffizieren gelassen. Die Soldatenräte nach und nach in Organe der - - Menagekontrolle verwandelt und später ganz abgeschafft. Die schwarzgelben Beamten, die Hofräte, Richter, Staatsanwälte, wurden auf ihren Posten belassen (um sie nach einem Wort Renners"an die Neuordnung der Dinge zu gewöhnen). Als im Arbeiterrat von der damaligen sozialdemokratischen Linken der Antrag gestellt wurde, dreitausend Arbeiter in die Wiener Polizei einzustellen,wurde von den Adler - Seitz - Bauer mit grösster Heftigkeit opponiert. Als der Antrag schliesslich angenommen wurde, kam unter dem Druck Adler-Seitz-Bauer der Zusatz hinzu,die einzustellenden Leute müssten auch körperlich für den "schweren Polizistenberuf" geeignet sein: Mindestgewicht fünfundsiebzig Kilogramm Körpergewicht,und das nach den Hungerjahren des Krieges !? So belies die Sozialdemokratie der Bourgeoisie jenes Machtinstrument,dass dieser gestattete,die Arbeiter immer tiefer und tiefer zu drücken und schliesslich zu Boden zu schlagen.

Aber die RS hat aus den Erfahrungen gelernt. Die RS ist für die Zertrümmerung des faschistischen ,für die Aufrichtung eines sozialistischen Staatsapparates. Doch seit wann wird ein Staatsapparat zertrümmert, d.h. die Polizisten,Offiziere,Staatsanwälte davongejagt, wenn man andiese Polizisten,deren jeder einzelne von Arbeiterblut trieft den"sozialistischen Weckruf" richtet *) Das aber macht die RS. An Leute,die man vernichten will,richtet man doch keine "Sozialistischen Weckrufe". Und vor allem,ist den der "faschistische" Staatsapparat die einzige Form des kapitalistischen Staates? Ist nicht in der bürgerlichen Demokratie der Staatsapparat genau so kapitalistisch? Es gilt,die kapitalistische Staatsmaschine zu zerbrechen,mag sie nun Faschistischen, demokratischen, oder was immer für einen Anstrich haben. Es gilt, an ihre Stelle den proletarischen Staat aufzubauen,eine Polizei aus Arbeitern,eine Gendarmerie aus Arbeitern, eine Arbeiterarmee, Arbeiterrichter, Staatsanwälte aus Arbeitern. Wenn sie auch nicht Paragraphen verdrehen können, tut nichts, mit dem alten Ausbeuterstaat verschwinden auch seine Gesetze. Wenn sie auch keine fünfundsiebzig Kilo schwer sind,wenn sie nur wissen,gegen wen das Gewehr richten. Mit der Waffe in der Hand ist auch der Schwache mächtig. Aber die RS verhindert, dass die Schwachen stark werden. Kann man ,wenn man zusammen mit kapitalistischen Elementen, mit Grossbauern, mit neuem Jodok Finks zusammen in der"Regierung des arbeitenden Volkes" sitzt, den Kapitalistischen Staatsapparat auch nur ein Haar krümmen? Das kann man nicht ,genau so wenig wie 1918.

Was Wunder ,dass die RS angesichts des heranrollenden imperialistischen Krieges denselben Verrat vorbereitet wie 1914. Bezeichnend hiefür sind die Kriegsthesen der RS. (siehe die "Revolution" vom Dezember 1935) Bezeichnend sind die Aufrufe des Bundesvorstandes der

---

*) Dasselbe macht übrigens die KPOe. Im "Sprecher" vom Februar verlangt sie, man müsse "die Proleten in den freiwilligen militärischen Verbänden und in der Exekutive gewinnen! Etwas neues: die Polizeiproleten .....

illegalen freien Gewerkschaften. Bezeichnend ist die Zugehörigkeit zur zweiten Internationale.

Die RS will wieder die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Sie will wieder den Anteil am kapitalistischen Profit. Aber um ihren Profit zu sichern, um ihn zu vergrössern, muss die Bourgeoisie die kapitalistische Konkurrenz bis zum imperialistischen Krieg steigern. Ist es da verwunderlich, dass wir da die RS in einer Front mit "ihrer" Bourgeoisie finden? "Wir sind gegen jede Burgfriedenspolitik", verkündet die RS. Aber sie ist für die "Verteidigung der Neutralität und Unabhängigkeit" des kapitalistischen Oesterreichs. Sie ist für ein Militärbündnis mit dem kapitalistischen Frankreich, der kapitalistischen CSR. Doch bedeutet das: auf dem Papier ist die RS gegen, in der Praxis, für den Burgfrieden mit der Bourgeoisie, d.h. sie ist für die Koalitionspolitik vor allem auch während des Krieges.

Es nützt nichts, wo immer man es anpakt, die "neue" Partei, ist nur die alte Sozialdemokratie im neuen Gewand. Und nicht einmal mit neuen Leuten an der Spitze. Gewiss, im Vordergrund stehen solche, die "noch nicht belastet" sind. Aber im Hintergrund, ihre Auftraggeber, ihre politischen Hintermänner, das sind die, die die Arbeiter in den Abgrund geführt, die die nun nicht wagen können vor die Arbeiter zu treten und zu sagen: "Helft uns doch wieder Hinauf !" Im Hintergrund stehen jene, die die RS finanzieren mit Hilfe jener Reserven, die sie sich in den fünfzehn fetten Jahren ihres Tausendschillingdaseins vorsorglich zurückgelegt. Im Hintergrund stehen jene, die es nicht erwarten können auf dem Rücken der Arbeiter sich auf die Tausendschillingebene zu schwingen. Und weil die alte Firma keinen guten Namen mehr hat, darum der neue Firmenschild.

Die RS weis genau, warum sie sich als "neue" Partei ausgibt. Sie weiss, dass der politisch regsam gebliebene Teil des Proletariats nach einer neuen Partei, nach einer Partei, nach einer Politik, die nicht zu Niederlagen führt, verlangt. Und auf diese Stimmung baut die RS ihre Berechnung auf.

Ja, eine neue Politik ist notwendig! Ja, eine neue Partei ist notwendig. Aber es muss eine Partei sein, die wirklich unbelastet ist durch die Vergangenheit, und die darum fähig ist, aus der Vergangenheit zu lernen. Es muss eine Partei sein, die aufgebaut ist nicht auf Leuten, die Karriere machen wollen, die an der Arbeiterbewegung profitieren wollen, sondern aus klassenbewussten Proletariern, die wirklich für ihre Klasse zu kämpfen, ihre Klasse zu führen verstehen. Und vor allem aus Arbeitern, die noch die Fähigkeit besitzen, zu lernen. Und die aus der Niederlage vor allem gelernt haben: Schluss mit der Sozialdemokratie, fort mit jenen, die unter welcher Maske immer, den alten Schwindel vom neuen beginnen wollen.

000000000000
000000

POLITISCHE UM- und VORSCHAU.

Seit unserem letzten Bericht haben sich sehr wichtige Ereignisse abgespielt. Die Bourgeoisie aller Länder, die erkennt, dass für den Kapitalismus nur mehr durch Krieg eine längere Atempause geschaffen werden kann, arbeitet mit Volldampf an der Vorbereitung des neuen Weltbrandes. Alle Bemühungen, die Krise mit "friedlichen" Mittel zu überwinden, haben sich als unzulänglich herausgestellt. Die Arbeitslosenzahl in Amerika ist wieder auf die Höhe von 1931 (über 12 Mill.) emporgeschnellt. Ein deutliches Zeichen, wie labil der ganze bisherige "Aufschwung", dass er fast zur Gänze der Rüstungskonjunktur zuzu -

schreiben ist. Und so beginnen die Dinge immer schneller in der Richtung des Krieges zu rollen.

In der ersten Reihe der Kriegstreiber marschiert Japan. der Militärputsch vor ein paar Wochen in Tokio signalisierte höchste Kriegsgefahr, zeigte an, dass der Krieg im fernen Osten nur mehr eine Frage von Wochen , höchstens Monaten ist. Japans besitzende Klassen, die Grundherren einerseits, die Bank - Industrie - Handelskapitalisten anderseits, sind in der imperialistischen Grundlinie vollkommen einig. Die Differenz liegt nur in der Frage des Tempos, der Taktik, womit die imperialistische Expansionspolitik verwirklicht werden soll.

Wie überall, wo die Bourgeoisie noch gegen den Feudalismus, Halbfeudalismus zu kämpfen hat, sucht sie die Massen für sich zu mobilisieren, sie ist daher liberal, ja demokratisch. So auch die Partei der japanischen Bourgeoisie, die Minseitopartei. Die Bourgeoisie schätzt mit recht ein, dass die wirtschaftlichen , die finanziellen Kräfte Japans nicht ausreichen, um die Expansion in dem Rekordtempo vorwärts zu tragen, wie es die Militaristen, die Exponenten der Grundherren im Heere wollen. Die Minseitopartei handhabt eine vorsichtige, langsamere Expansionspolitik.

Die Parlamentswahlen vor ein paar Wochen, haben die Position der von der Minseitopartei geführten Regierung gestärkt, dagegen die Position der Grundherren-partei, der Sevukaipartei , geschwächt.

Die japanische Bourgeoisie fürchtet die allzugrossen Lasten einer zu rasch vorgetriebenen Ausdehnungspolitik. Sie sieht wenig Möglichkeit, diese Lasten auf die unteren Klassen abwälzen zu können, da diese bereits so tief gedrückt sind, dass sie am Rande des Elends dahinvegetieren. Ausserdem aber und vor allem fürchtet sie, dass das Abwälzen solch gigantischer Lasten auf die verelendeten Millionen - massen revolutionäre Explosionen zur Folge haben würde.

Im Gegensatz will die Grundherrenklasse, die zugleich die meisten Offizierstellen im Heer und Flotte inne hat, die imperialistische Eroberungspolitik aufs äusserste steigern. Sie hofft durch grosse Siege und Eroberungen der revolutionären Gefahr am besten zu entgehen, die liberale Bourgeoisie zurückzudrängen und die Herrschaft den Grundherren für lange Zeit zu sichern.

Der japanische Imperialismus bewegt sich auf einem Vulkan. Doch gerade das macht es im höchsten Grade wahrscheinlich, dass die Grundherrenklasse mittels der ihr fast ganz angehörigen Militärkaste den Krieg entzünden wird, um durch ein grosses erfolgreiches Abenteuer den Weg aus allen ihren Schwierigkeiten zu suchen. Das politische Ziel des Putsches wurde erreicht. Es wurde ein fast aus lauter Generalen bestehendes, durch einen liberalen Bourgeois als Ministerpräsidenten (Hirota) maskiertes Kabinett gebildet. Ein Kriegkabinett. Die Kriegspartei in Japan arbeitete so mit äusserster Energie um ihre Diktatur aufzurichten und dadurch die letzte innerpolitische Voraussetzung zu dem von ihr geplanten Riesenraubfeldzug zu schaffen. Wie sehr die Kriegsgefahr durch die Vorgänge in Japan unmittelbar akut geworden ist zeugen drei Tatsachen:

1. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in China. Gegen wen die militärische Kraft Chinas eingesetzt werden soll ,ist dabei keineswegs klar. Die aussenpolitische Perspektive der chinesischen Bourgeoisie ist derzeit noch undurchsichtig.

2. Die Erklärung Stalins, dass Russland der mongolischen Volksrepublik gegen jeden japanischen Versuch, sie zu besetzen, helfen werde. Darnach ist der Angriff Japans auf die äussere Mongolei Kriegsfall.

3. Die Rheinlandbesetzung durch Deutschland das mit Japan verbündet ist.

Um sich für das militärische Eingreifen gegen Russland den Rücken zu decken, hat der deutsche Imperialismus das Rheinland wieder besetzt. Wieder im Besitz der Rheinlinie, die gegen den Einmarsch französischer Truppen in Deutschland einen natürlichen Damm entgegensetzt, ist der deutsche Imperialismus imstande, den Grossteil seiner Armee nach Osten zu werfen und die Rheinlinie mit verhältnissmässig schwachen Kräften zu besetzen, während er früher im Westen mindestens die Hälfte seiner Armee hätte halten müssen. Das ist der militärische Sinn dieser Aktion. Ihr politischer Sinn ist zunächst einmal Italien mehr auf Deutschlands Seite zu ziehen. In der Tat kommt der deutsche Vorstoss Italien zu Hilfe, indem er das Verschärfen der Sanktionen erschwert.

Das Anbot eines neuen Locarno, das Anbot von Nichtangriffspakten an alle angrenzenden Staaten - also ausgenommen Russland - ist ein Ruf zur Bildung einer Einheitsfront gegen Russland. Das ist der politische Hauptsinn des Hitleranbots.

Die "Wahlen" sollen zeigen, dass ganz Deutschland hinter dem National "sozialismus" stehe. Damit dieser Eindruck nicht gestört werde, werden zugleich die Vertrauensmännerwahlen in den Betrieben um ein Jahr verschoben".... Das zeigt deutlich, das die deutsche Arbeiterschaft gegen den National "sozialismus" und dass dieser sich dessen auch bewusst ist.

Der deutsche Imperialismus hat den Locarnovertrag gebrochen. Die Bestzung des Rheinlandes ist vom Standpunkt dieses Vertrages eine Angriffshandlung. Die Locarnomächte, also auch England waren daher verpflichtet, Frankreich mit allen Mitteln beizustehen. Einige Wochen verflossen, der engl. Imperialismus verzapft viele schöne Worte, rührt aber praktisch keinen Finger für Frankreich. Das hat natürlich seine Gründe..

Ein englisches Bourgeoisblatt hat - ohne zu wollen - die wirkliche Grundlinie des englischen Imperialismus aufgezeigt: "Wir wollen die Freundschaft Frankreich u n d Deutschlands". Anders ausgedrückt: Englands Bourgeoisie will in der Perspektive die Sammlung der imperialistischen Mächte unter englisch imperialistischer Führung gegen Sowjetrussland. Die scheinbar so widerspruchsvollen englischen Schwankungen bewegen sich in Wirklichkeit auf weite Sicht um diese feste, zielbewusste Achse.

Auf weite Sicht sucht die engl. Bourgeoisie eine Lösung der Wirtschaftskrise auf Kosten Sowjetrussland, vermittels einer allimperialistischen Einheitsfront. Aber auch auf nahe Sicht ist sie an einer gewissen Verstärkung der Macht der deutschen Bourgeoisie interessiert. England will allseitige Handlungsfreiheit. Frankreich, das ihm auf Kanonenschussweite in der Flanke sitzt ist der engl. Kapitalistenklasse zu mächtig. Sie wünscht einen Zustand, wo sie den deutschen gegen den französischen und den französischen gegen den deutschen Imperialismus ausspielen und dadurch beide an der Seite und unter der Führung Englands halten kann. Die nahe Perspektive des engl. Imperialismus liegt mit seiner weiten Perspektive auf einer Linie. Und auch seine Abessinienpolitik liegt auf derselben Linie (Sicherung des Seeweges nach Indien gegen allzugrossen Appetit Italiens und möglichst rasche Wiederherstellung der vollen Handlungsfreiheit für den fernen Osten).

Zugleich zeigt das Verhalten in der Rheinlandfrage, dass der Engl. Imper. keineswegs schon Stellung gegen Japan bezogen hätte; das Entgegenkommen gegenüber Deutschlands in dieser militärpolitisch so wichtigen Frage (Sicherung der deutschen Westgrenze, um möglichst grosse Kräfte gegen Osten schleudern, den japanischen Imp. unterstützen zu können) ist ausser Zweifel ein Unterstützen Japans durch England. England hält sich für den fernen Osten nach wie vor die Hände frei.

Die französische Bourgeoisie sieht sich in ihrem imperialistischen Raub nicht mit Unrecht bedroht durch das Vorgehen der imperialistischen Raub ausgehenden deutschen Monopolbourgeoisie. Sie droht dem englischen Imperialismus: wenn du uns französischen Imperialisten nicht gegen die deutsche Bedrohung hilfst, so lassen wir dich, der du in Abessinien durch den italienischen Imp. bedroht bist, in der Sanktionsfrage gegen Italien schwimmen... Von hier aus ist ein (zeitweiliges) Zusammengehen Englands mit Frankreich gegen Deutschland wahrscheinlich.

Frankreich ist bereit ,in der Rheinlandfrage nachzugeben, wenn England jetzt schon ein volles Militärbündniss mit Frankreich abschliesst, wodurch es Frankreich schon jetzt sofortige militärische Unterstützung zusichert für den Fall eines Angriffes Deutschlands gegen Frankreich. Zu einem solchen Militärbündnis ist die engl. Bourgeoisie derzeit nicht zu haben, sie will freie Hand haben , sie will keinen von beiden abstossen, im Gegenteil sie will sowohl Frankreich als auch Deutschland in einer Einheitsfront unter englischer Führung vereinen "zum Schutz des Friedens", lies - zur Offensive gegen Russland.

Frankreich scheint noch in einer anderen Richtung auf England (wegen Militärbündnis) zu drücken. Die Türkei durfte durch den Vertrag von Lausanne, die Dardanellen nicht befestigen. Dadurch würde es England ermöglicht, wenn überhaupt, und durch viel geringeren Kraftaufwand im Kriegsfalle, ins Schwarze Meer zu gelangen. Die Türkei übermittelt eine Protestnote an den Völkerbund wegen der deutschen Besetzung des Rheinlandes in der es sagt: "Kann Deutschland ungestraft den Locarnovertrag brechen, so werde ich (Türkei) dasselbe Recht für mich in Anspruch nehmen und die Dardanellen befestigen. Dieser Schritt der Türkei würde die Interessen Englands aussert gefahrden.

Der italienische Imperialismus sucht diese Situation durch Schaukelpolitik zwischen den imperialistischen Fronten auszunützen, um sich einen möglichst grossen Raub in Abessinien zu sichern. Er hat in Abessinien gewisse militärische Erfolge erzielt, die allerdings vom Grossmaul Mussolini übertrieben werden. Es ist vollkommen unwahrscheinlich, dass es Italien gelingen sollte, die Entscheidung in den nächsten vier Wochen herbeizuführen. Dann ist aber die Regenzeit da. Damit wird die erste grosse Krise des italienischen Feldzuges beginnen, die ihre Ausstrahlungen auch in die Ital. Massen entsenden wird. Schon jetzt trägt in Südtirol und in der Lombardei jede fünfte Familie Trauerflor. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird überhaupt nicht bekanntgegeben, alle Nachrichten von den Soldaten an ihre Angehörigen unterbunden. "Es geht mir gut" ist alles , was sie schreiben dürfen. Offiziell wurde bekannt gegeben, dass die technischen und finanziellen Leistungen für den Transport schon jetzt die Zahlen des Weltkrieges übersteigen.

Wie schwierig die innere Lage der Mussolinidiktatur zeigt deren Gesetz "zum Schutz der Spareinlagen", wohinter sich in Wirklichkeit das Heranziehen der Spareinlagen der kleinen Sparer zur Finanzierung des Krieges verbirgt.

Auch der Besuch Schuschnigg - Gömbös in Rom das riesige Tamtam, mit dem das ganze aufgezogen , war ein Anzeichen , wie sehr Italien auf die Freundschaft der beiden kleinen Staaten Oesterreich und Ungarn angewiesen ist. Das Ergebnis der Römer Konferenz ist noch engeres Zusammenarbeiten zwischen Rom , Wien und Budapest.

Die Verhandlungen CSR mit Oesterreich ,zwei Wochen vorher, haben zu einer gewissen Wirtschaftlichen Annäherung geführt, zu mehr aber nicht.

Der Wahlausgang in Spanien bestätigt die aufsteigende linksbürgerliche Welle. Eine Regierung der Linksbourgeoisie wurde gebildet. SP/KP werden von aussen her die linkskapitalistischen Regierung unterstützen.

Nach dem faschistsichen Attentat auf Leon Blum wird erst recht der spanische Wahlausgang den Linksruck bei den französischen Wahlen verstärken.

Die fortschreitende Industrialisierung in den südamerikanischen Staaten , vor allem Argentinien, Brasilien, Chile, schafft auch hier modernes Proletariat. zum erstenmal beginnt auch in Südamerika die proletarische Revolution ihr Haupt zu erheben.

In Oesterreich war der Streik der Fiat - und Saurerarbeiter am 20. und 21. Februar das bei weitem wichtigste innerpolitische Ereignis. Es ist der erste grössere wirkliche Streik seit der Februarkatastrophe. Die Kriegskonjunktur hat gerade diesen Betrieben eine erhöhte Beschäftigung gebracht. Die Arbeiter dieser Betriebe hatten 1931 eine 30-40% Lohnsenkung mitgemacht. Nun wollten sie eine 15%ige Lohnerhöhung durchsetzen. Es ist nicht gelungen. Die "EG", statt sie zu unterstützen, statt sie zu führen, fiel den Arbeitern in den Rücken. Sie hat sich dadurch insbesondere vor den Arbeitern demaskiert, die sich in dem irrigen Glauben wiegten, die Arbeiterschaft vermöchte vermittels der EG manche Verbesserung im Rahmen des "autoritären" Staates, für sich herauszuholen.

Auch die Regierung, die soviel "soziale" Phrasen tagtäglich von sich gibt , hat sich durch ihr Verhalten demaskiert. Zuerst erklärte sie durch Sozialminister und Bundeskanzler die Forderung der Arbeiter, für berechtigt; als aber der Bund der Industriellen erklärte, die jetzigen Löhne seien "sozial", da stellte sich der Kanzler. also die Regierung, klar auf die Seite der Kapitalisten.

So hat der Streik wesentlich dazu beigetragen, Illusionen in Teilen der Arbeiterschaft zu liquidieren. Seine Hauptbedeutung aber liegt darin, dass er signalisiert, dass die Arbeiterschaft aus der Lähmung in die die Februarkatastrophe sie versetzt hat, ernstlich zu erwachen beginnt.

Die (illegale) Freie Gewerkschaft , die bekanntlich unter sozialdemokratisch-stalinistischer Führung steht, sammelt, mobilisiert die Arbeiterschaft unter den Losungen: Der Kampf auf der ganzen Linie um eine generelle Erhöhung der Löhne muss entbrennen! Allgemeiner Beitragsstreik gegen die EG! Bedingunslose und vollständige Wiederherstellung der FG, des Vereins und Koalitionsrechtes! Verteidigung des Streikrechtes! Wahl von Vertrauensmännern in den Betrieben! usw. usw. Wir unterstützen den Kampf für diese Losungen. Aber wir verbinden ihn zugleich mit der revolutionaren Kritik an der Grundeinstellung der sozialdemokratisch(RS) stalinschen Führung der FG. Sie bewegt sich genau auf derselben (kleinbürgerlichen) Grundlinie, auf der in der legalen Zeit die soziald. Gewerkschaftsführung die freien Gewerkschaften geführt haben, auf derselben Grundlinie, womit sie das Proletariat in die Februarkatastrophe gelenkt hat.

Der Kampf für die Umstellung der Politik der proletarischen Massenorganisationen, insbesondere Freie Gewerkschaften und des Schutzbundes auf die proletarisch-revolutionäre Linie , Hand in Hand damit das Ueberzeugen von immer mehr Arbeitern von der Notwendigkeit einer neuen, wirklich kommunistischen Partei, einer neuen, IV. Internationale, wird so zur zwingenden Notwendigkeit.

26. März 1936 .

0 0 0 0 0 0 0

Von unseren KP- Genossen erhielten wir folgende Zuschrift:

In den nachfolgenden Zeilen geben wir Euch auf die in der Schutzbundzeitung vom Dezember uns gemachten Vorwürfe, soweit sie u n s betreffen, Antwort.

Vor allem wiederholen wir aus der Antwort der KP. auf das RS Angebot folgendes: "Eueren Vorschlag, die Schutzbündler in die beiden

Parteien einzugliedern u. auf dieparteilose Mehrheit der Schutzbündler einen Zwang zum Beitritt zu einer Partei auszuüben, halten wir politisch für unrichtig, weil er im Ergebnis zur Liquidierung des Schutzbundes u. zur Schwächung der antifaschistischen Kampffront führen müsste".

Damit widerlegen wir kurz, dass wir dem Wunsche der RS. nach Aufteilung des SCHB. in zwei Parteien entgegen gekommen wären. Im Interesse eines wirkungsvollen und erfolgreichen Kampfes gegen den Faschismus ist zu wünschen, dass der SCHB. nicht nur kritisierend beiseite steht, sondern aktiv an der E.F.- Bildung teilnimmt. So wie in den Februar - kämpfen der SCHB. in vielen Fällen von der Masse isoliert den Kampf führte, könnte beim weiteren Verharren in Eurer bisherigen Taktik sich eine ähnliche Situation wieder ergeben, was unter allen Umständen zu vermeiden ist. Gebt daher Euere sektiererische Haltung auf und nehmt in einer Euch entsprechenden Form auch am täglichen Klassenkampf teil. Nicht eine Front gegen uns zu bilden, ist Eure Aufgabe, sondern mit uns gegen den Faschismus zu kämpfen.

Ihr schreibt unter Bezug auf Eure Behauptung, dass die KP die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie als Endziel sich gesteckt habe, wir würden dies als eine niederträchtige bezeichnen. Jawohl, das tun wir mit Recht, da wir, wie ihr, die bürgerliche Demokratie als Uebergang zur proletarischen Diktatur anstreben. Es wird Euch nicht gelingen, Euere obige ungerechte, sehr schwere Beschuldigung unter Beweis zu stellen. Euere Bedenken gegen die Vereinigung zu einer "Aktionsgemeinschaft" (nicht Einheitspartei) mit der RS und mit aktionsbereiten bürgerlichen Elementen, wollen wir mit Hinweis auf das Verhalten der Partei Lenins zerstreuen, welche im Februar 1917 gemeinsam mit bürgerlichen Elementen, den Zarismus gestürtzt hat, um einige Monate später die bürgerliche- in die proletarische Revolution überzuleiten.

Wir wollen unser Endziel nicht in endlosen Discussionen breittreten, sondern Tatpolitik betreiben, die uns zwingt heute alle antifaschistisch. Krafte zu sammeln. Der Vorwurf in Euerer Dezembernummer, dass wir Ministersessel erstreben, ist beleidigend und nicht mehr sachlich. Wie wir bereits in einem Apell Euch erklart haben, entgegnen wir nur dann auf Artikel der Schutzbundzeitung, wenn Ihr uns die gleiche Anständigkeit zubilligt, die wir bei Euch voraussetzen.

In der Aufrichtung einer neuen Partei sehen wir eine gefährliche Zersplitterung der sich bereits gesammelten proletarischen Krafte. Eure Forderungen decken sich im weitesten Masse mit den unserigen, sodass die Neugründung einer weiteren Internationale nicht nur überflüssig ist, sondern Wasser auf die Mühlen unsrer Gegner treibt!

K.P. VI.

0 0 0 0 0 0

L. Es ist gleichgültig, ob eine Partei offen ausspricht, dass sie für die Liquidierung des Schutzbundes ist, oder ob sie in Worten dagegen ist, durch ihre Politik aber tatsächlich den SCHB. liquidiert. Entscheidend ist nicht die Absicht, sondern das Ergebnis. Wir verweisen auf den Leitartikel in unserer letzten Nummer. Es wurde darin festgestellt, dass die kommunistische Stadtleitung des SCHB. unseren Bezirk absondert, isoliert. Aber das ist Spaltung. Wir verweisen auf den "Sprecher" vom Februar. Es wird ein Bericht über den organisatorischen Zustand des SCHB. gegeben, der der Wahrheit entgegengesetzt ist. Derjenige, der so handelt belügt die Arbeiter, der zersetzt. Es wird im "Sprecher" gesagt, dass der SCHB. sich der zu schaffenden Einheitspartei politisch unterstellen wird (d.h. der vereinigten RS-KP). Die Stadtleitung fordert im "Sprecher" die

schnellste Verwirklichung der Einheitspartei. Die politische Führung in der Stadtleitung,das habt Ihr selbst festgestellt,hat dieKP. Diese ist also(das geht aus dem Antwortschreiben Koplenigs vom November 35 hervor) für die Einheitspartei, und nicht nur, wie Ihr behauptet, für eine Aktionsgemeinschaft.

2. Die KP will sich mit der RS vereinigen(dies trotz Eurer gegenteiligen Behauptung). Die RS ist nichts anderes als die sozialdemokratische Partei mit einem anderen Namen. Die RS kann also über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht hinaus. Doch über jenen Rahmen können auch jene nicht hinaus, die sich mit der RS vereinigen.

3. Ihr wollt die "Aktionsgemeinschaft mit aktionsbereiten bürgerlichen Elementen". Wir laden Euch ein, diesen Standpunkt für eine der nächsten Nummern unserer Zeitung zu präzisieren und zu begründen. Wer ist das diese "bürgerlichen Elemente". Wie kann man mit solchen "Elementen" gegen den Faschismus kämpfen, der doch vom Bürgertum ausgerüstet und bezahlt wird, um die Arbeiter nieder zu halten.

4. Ihr beruft Euch auf das Verhalten der Partei Lenins im Februar 1917. Im Februar 1917 haben die "aktionsbereiten bürgerlichen Elemente",d,h. die liberale Bourgeoisie mit der Kadettenpartei an der Spitze alles gemacht,um den Zarismus zu retten. Erst als der Zarismus trotz der bourgeoisen Schützenhilfe durch die Aktion der Massen gestürzt wurde, stellte sich die liberale Bourgeoisie "an die Spitze der Revolution",um ihre Weiterentwicklung zu verhindern. Die proletarische Revolution hatte vom ersten Augenblick an nicht mit,sondern gegen die Bourgeoisie zu kämpfen. Die bolschewistische Partei machte allerdings den Versuch, mit der Bourgeoisie zusammenzuarbeiten. Das war im März1917, als Stalin u. Kamenjew aus Sibirien zurückkamen und sich der Parteiführung bemächtigten. Stalin stellte im Zentralkomitee den Antrag auf Vereinigung der bolschew. mit der menschewistischen Partei. "Die kleinen Meinungsverschiedenheiten kann man auch in einer Partei erledigen", sagte er damals. Stalin - Kamenjew forderten auch Unterstützung der provisorischen Regierung, insofern diese auf Annexionen und imperialistische Kriegsziele verzichte. Als Lenin Anfangs April nach Petersburg kam, wandte er sich sofort gegen diese Politik. "In unserem Verhältnis zum Kriege,der bezüglich Russlands auch unter der neuen Regierung Lwow & Co. infolge des kapital. Charakters dieser Regierung fortfährt, ein räuberischer imperial. Krieg zu sein,darf der "revolutionären Landesverteidigung" auch nicht die geringste Konzess. gemacht werden". "Die Besonderheit der gegenwärtigen Lage Russlands besteht in dem Uebergang Russlands von der ersten Revolutionsetappe,die infolge unentwickelten Klassenbewusstseins und mangelhafter Organisation des Proletariats, die Macht der Bourgeoisie übertragen hat,zur zweiten Etappe, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft zu legen hat" "Keinerlei Unterstützung der provisor. Regierg. Entlarvung aller ihrer Versprechungen,besonders was den Verzicht auf Annexionen betrifft. Entlarvung der Regierung,statt der unzulässigen, Illusionen züchtenden "Forderung", diese Regierung,die Regierung der Kapitalisten,möge aufhören,imperialistisch zu sein" (Lenin in der Pravda Nr 26. vom 7. April 1917)

5. Was versteht Ihr klassenmässig unter "alle antifaschist. Kräfte?"

6. Wenn Ihr sagt, Ihr wollt nicht Ministersessel erstreben,so glauben wir es sehr gerne. Wenn RS oder KP, Koplenig oder Otto Bauer das sagt so glauben wir es nicht.

7. In der Aufrichtung einer neuen Partei und Internationale seht Ihr eine gefährliche Zersplitterung. Ihr hättet vollständig recht,wenn RS u. KP, 2. und 3. Internationale noch proletarische Parteien wären. Indess sind sie das nicht. Sie sind es heute so wenig,als es die 2. Internationale im Frühjahr 1919 war, als ebenfalls, "eine neue Internationale(die 3) aufgerichtet"wurde. Ob diese"Zersplitterung" damals Wasser auf die Mühle der Kapitalisten war, mögt Ihr Euch selbst beantworten.

Die Redaktion.